

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.10.1931 (No. 249)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Meib,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Reklamerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle, der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, unangenehmer Betreibung und Kontroversen läßt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Ergebnis von Washington

„Ein endgültiges Programm noch nicht möglich“

Das Ergebnis der Unterredungen zwischen Hoover und Laval in Washington, die am Freitag, Samstag und Sonntag stattfanden, wird in einem am Sonntag veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué mitgeteilt. Über die Aufrechterhaltung des Goldstandards und die Zusammenarbeit der französischen und amerikanischen Banken wurde ein Einvernehmen erzielt. Sonst zeigt das Kommuniqué, daß nur wenig positive Resultate erzielt worden sind. Es wurde auch nichts über die Verlängerung des Hooverjahres vereinbart, sondern diese Frage Verhandlungen der Mächte überlassen.

In dem Kommuniqué wird einleitend auf die Weltkrise und die Vertrauenskrise in der Welt Bezug genommen und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unterstrichen. Es heißt dann weiter: „Wir haben dabei einen wirklichen Fortschritt erzielt. Wir erörtern die wirtschaftliche Lage in der Welt, die Strömungen in den internationalen Beziehungen, die sie beeinflussen, die Probleme der bevorstehenden Konferenz für die Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, die Wirkung der Depression auf die Zahlungen auf Grund der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden, die Stabilisierung der internationalen Währungen und andere finanzielle und wirtschaftliche Themen. Eine informelle und herzliche Aussprache hat dazu gedient, die Natur der Probleme mit größerer Genauigkeit zu umreißen. Es ist nicht unsere beiderseitige Absicht gewesen, unsere Regierungen verbindliche Verpflichtungen einzugehen, sondern eher durch die Entwicklung des Tatbestandes jedes der beiden Länder instand zu setzen, wirksamer, auf seinem eigenen Gebiet zu arbeiten. Es ist unsere gemeinsame Absicht, daß die Konferenz für die Rüstungsbeschränkung nicht verfehlt wird, sich des Vorteils der sich ihr bietenden großen Gelegenheit zu bedienen, und daß sie in instand sein wird, ihre wirkliche Aufgabe tatsächlich zu erfüllen.“

Hinsichtlich der zwischen den Regierungen bestehenden Verpflichtungen erkennen wir an, daß vor Ablauf des Hoover-Moratoriums irgendein Abkommen darüber notwendig sein dürfte, durch das die Periode geschäftlicher Depression überbrückt wird, über dessen Einzelheiten und Bedingungen jedoch die beiden Regierungen alle Vorbehalte machen. Die Initiative hierfür sollte bald von den europäischen Mächten ergriffen werden, die im Rahmen der vor dem 11. Juli 1931 bestehenden Abmachungen hauptsächlich daran beteiligt sind. Mit besonderem Eifer prüften wir die wichtigeren Mittel, durch welche die Bemühungen unserer Regierungen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und des Vertrauens eingeleitet werden könnten. Insbesondere sind wir überzeugt von der Wichtigkeit der Geldstabilität als eines wesentlichen Faktors bei der Wiederherstellung normalen wirtschaftlichen Lebens der Welt, wobei die Aufrechterhaltung des Goldstandards in Frankreich und in den Vereinigten Staaten den größten Einfluß ausüben wird. Es ist unsere Absicht, die Prüfung der Methoden für Aufrechterhaltung der Stabilität in den internationalen Währungen fortzusetzen. Wenn es auch in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen ist, endgültige Programme aufzustellen, so sind wir doch zu dem Ergebnis gekommen, daß wir die Natur dieser finanziellen und wirtschaftlichen Probleme in demselben Lichte sehen und daß diese Verständigung unerwartet dazu dienen sollte, den Weg für eine hilfreiche Aktion durch unsere beiden Regierungen zu bahnen.“

Ein französischer Kommentar

Havas meldet aus Washington, daß die Zahlungen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums wieder aufgenommen werden müßten. Vor Juli 1932 werde also eine Neuregelung zwischen den in direkter Weise interessierten europäischen Mächten gefunden werden müssen, aber auf der Grundlage des legal in Kraft bleibenden Young-Planes. Eine Abmachung zur Herabsetzung der Regierungsschulden werde als Folge hiervon getroffen werden müssen. Die amerikanische Politik habe noch nicht eine Entwicklung durchgemacht, die es Präsident Hoover erlaube, die Vereinigten Staaten in größerem Ausmaße für die Angelegenheiten in Europa zu interessieren. Im Verlaufe seiner sehr freimütigen Unterredung mit Hoover und Stimson habe sich Laval rasch von dieser Unmöglichkeit überzeugt. Er sei so klug gewesen, nicht darauf zu bestehen, um auf dem Gebiete der Sicherheit unvorzisehnliche Genugtuung erhalten zu wollen. Dagegen habe er sich bemüht, und dies sei ihm auch gelungen, die Aufrechterhaltung des Rechtes Frankreichs auf seine Reparationen im Rahmen des Young-Planes geltend zu machen und darin eingeschlossen die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Regierungsschulden anzuhängen zu lassen.

Auch nach amerikanischen Blättern soll Hoover Laval versprochen haben, daß der Young-Plan unangetastet bleibe; es sei Deutschlands Sache, Schritte entsprechend den Bestimmungen des Young-Planes zu unternehmen, sobald es weitere Erleichterungen wünsche.

Französische Stimmen

W.A. Paris, 26. Okt. (Tel.) Der Außenpolitiker des „Journal“ sagt, das charakteristische Ergebnis der Konferenz bestehe in dem Nachweis, daß man nicht daran habe denken dürfen, zwei Arten von Politik miteinander zu verknüpfen, sondern nur einen Parallelismus sicherzustellen. Auf jeden Fall könne das Ergebnis als gut bezeichnet werden. Laval habe zwar trotz seiner zwei Unterredungen mit Senator Borah diesen nicht zu seiner Ansicht bekehren können, und es sei demnach eine politische Zusammenarbeit unter den gegenwärtigen Umständen nicht möglich. Die französische Delegation werde aber Washington genau so wie Berlin verlassen, nämlich unter Wahrung der Aktionsfreiheit Frankreichs.

Letzte Nachrichten

Der Berliner Eindruck

Was bedeutet das Washingtoner Kommuniqué?

W.A. Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Neben dem Grand-Besuch und der ausgezeichneten Rede, die der italienische Ministerpräsident gestern in Neapel gehalten hat, beschäftigt man sich in Berliner politischen Kreisen lebhaft mit dem Kommuniqué über das Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen Laval's. Dazu verlaute:

Bei der Beurteilung dieser Verlautbarung ist zu berücksichtigen, daß sie natürlich nicht in erster Linie für Deutschland abgefaßt, sondern ein Spiegelbild des ganzen Komplexes der internationalen Fragen ist, die in Washington besprochen worden sind. Daß dabei auch die Dinge behandelt wurden, die uns besonders interessieren, liegt auf der Hand. Um so mehr ist zu begrüßen, daß die Washingtoner Besprechungen doch immerhin Grundlagen geschaffen haben, auf denen man die weiteren Bemühungen um die Befriedigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten aufbauen kann. Es ist Einverständnis darüber erreicht worden, daß die Initiative zur Erzielung eines Abkommens, das dem Hoover-Moratorium folgen soll, baldigst von den europäischen Mächten ergriffen wird. Das heißt also, daß der nächste Schritt keineswegs von Deutschland allein erwartet wird. Ein gemeinsamer Schritt der hauptbeteiligten Mächte ist ja auch schon deshalb nötig, weil es sich nicht nur um die Reparationen, sondern auch um die interalliierten Kriegsschulden handelt. Wie die Regelung im einzelnen aussehen soll, davon haben die Washingtoner Besprechungen noch kein klares Bild ergeben. Im Gegenteil haben die beiden Mächte in dem Kommuniqué ausdrücklich ihre Vorbehalte betont. Damit ist schon gesagt, daß in Washington ein Rahmen geschaffen wurde, der jetzt zunächst durch diplomatische Verhandlungen ausgefüllt werden muß. Gerade unter diesem Gesichtspunkt scheint übrigens die bevorstehende Reise des italienischen Außenministers nach Washington von besonderer Bedeutung zu sein.

Mit dieser Stigmierung des ersten Eindruckes sind natürlich die Probleme selbst, die in Washington getroffen wurden, noch nicht erschöpft. Das Kommuniqué zählt ja eine ganze Reihe auf, und es läßt sogar durchblicken, daß über gewisse Dinge eine negative Entscheidung gefallen ist. Das gilt vor allem für den Konstatationspunkt, den Frankreich in Washington zu erreichen suchte, der aber offenbar von Hoover ganz unzweifelhaft abgelehnt worden ist. In unterrichteten Berliner Kreisen neigt man zu der Auffassung, daß die Zusammenkunft ihren Zweck erreicht hat, indem sie die Basis für die weiteren Anstrengungen zur Überwindung der Krise geschaffen hat.

Grandi beim Reichspräsidenten

W.A. Berlin, 26. Okt. (Priv.-Tel.) Der italienische Außenminister Grandi machte heute um 11 Uhr vormittags seinen Besuch beim Reichspräsidenten. Vor dem Reichspräsidentenpalais hatte lediglich eine kleinere Abteilung Schutzpolizei Aufstellung genommen. Der Außenminister begab sich in Begleitung des italienischen Vizekonsuls Dr. Orini Baroni und des deutschen Legationsrats Thomßen in das Reichspräsidentenpalais. Nach einer halbstündigen Unterredung, der Staatssekretär Dr. Meißner beiwohnte, begaben sich die Herren um halb 12 Uhr wieder in das Hotel. Bei der Abfahrt grüßte die Menge den italienischen Außenminister mit dem Fascistengruß. — Um 12 Uhr tritt der italienische Gast eine kurze Fahrt nach Potsdam und Sandzou an.

Einzug des Winters in München

W.A. München, 26. Okt. (Tel.) Ununterbrochener Schneefall in der vergangenen Nacht, der bis in die späten Vormittagsstunden mit unermüdeter Festigkeit anhielt, hat schnell zur Bildung einer hohen Schneedecke geführt und der Landeshauptstadt ein winterliches Gepräge gegeben. Der plötzliche Wintereintrich hat im Verkehr empfindliche Störungen verursacht. Aus dem Alpenvorland und dem Bayerischen Wald werden gleichfalls starke Schneefälle gemeldet. Im Allgäu liegt bereits 20 Zentimeter Schnee. Der Schneefall dauert an.

„Quotidian“ ruft aus: Ist Laval in London, Berlin und Washington gewesen, nur um des Pompes der Empfänge und des leeren Geräusches der Reden willen? Worte, nichts als Worte!

Im „Populaire“ erklärt der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum: Der Würfel ist gefallen. Die Washingtoner Reise bringt eine neue Enttäuschung, die noch viel tiefere Bedeutung haben wird, als andere Enttäuschungen. Man erlebt ein Nein für jede Neuregelung der Schulden und Reparationen, ein Nein auch für die Abrüstung. Unter diesen Umständen ist die Abrüstungskonferenz vom Februar nächsten Jahres von vornherein zum Mißerfolg verdoomt.

Die Gold-Presse schreibt, daß das Ergebnis der Washingtoner Besprechungen gleich Null ist. „Ami du Peuple“ führt aus, der Leiter der französischen Regierung habe eine überflüssige Reise gemacht. „Figaro“ äußert, die Chefs der Regierungen hätten Lösungen und Verpflichtungen auf später vertagt.

Laval's Abreise aus Washington

W.A. Washington, 26. Okt. (Tel.) Der französische Ministerpräsident Laval verließ heute früh 1.30 Uhr nach New York ab, wo er den letzten Tag seines amerikanischen Aufenthaltes bis zur Abfahrt, die um Mitternacht erfolgt, verbringen wird. Am Bahnhof waren lediglich Unterstaatssekretär Caffi und der französische Vizekonsul Claudel erschienen.

* Kommunalwahlen in Anhalt

Am gestrigen Sonntag haben im Lande Anhalt die Stadtverordneten- und Kreistagswahlen stattgefunden. Sie bestätigen von neuem den Eindruck, den man in der letzten Zeit von der Entwicklung der parteipolitischen Machtverteilung gewinnen mußte. Nur mit dem einen Unterschied, daß sie die Linien dieser Entwicklung noch besonders scharf herausarbeiten. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß sowohl in Anhalt, wie in Hamburg, dessen Neuwahlen wir vor kurzem hier behandelten, eine so ausgesprochene Mittelpartei, wie das Zentrum, in der Wählerschaft keinen Boden besitzt, daß also das Spiel der Kräfte von links und von rechts hier in den Wahlziffern viel klarer in Erscheinung treten muß.

Zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen des Landes Anhalt gibt es jetzt eigentlich nur noch zwei Parteien, die ziffernmäßig eine Rolle spielen, nämlich die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten. Neben der Sozialdemokratie als der stärksten Vertretung der Linken, behaupten die Kommunisten doch nur den Platz einer kleineren Partei. Und ebenso ist es auf der Rechten. Dort sind es die Nationalsozialisten, die das Terrain beherrschen. Was sonst noch an bürgerlichen Parteien existiert, fristet sein Dasein im Schatten dieser Partei, zumal die Staatspartei bei den gestrigen Wahlen fast ganz von der Bildfläche verschwunden ist, im Gegensatz zu Hamburg, wo sie zur Not ihren Besitz vom 14. September 1930 behaupten konnte.

Die Nationalsozialisten haben die Wähler der mehr rechtsgerichteten bürgerlichen Parteien, aber auch die der Staatspartei in einer Weise aufgejogen, daß die nationalsozialistische Partei sich heute als die stärkste des Landes bezeichnen darf. Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl hat sie ihre Stimmen beinahe verdoppelt. Allerdings folgt ihr die Sozialdemokratie auf dem Fuße. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei führen als selbständige, kommunalpolitische Parteien überhaupt kein Dasein mehr. Sie haben sich zu „nationalen Einheitslisten“, „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaften“ oder „Volksvereinigungen“ zusammengeschlossen.

Die Wahlbeteiligung ist sehr rege gewesen. So ist es zu erklären, daß die beiden marxistischen Parteien, Sozialdemokraten und Kommunisten, selbst dort die Mehrheit verloren haben, wo sie zusammen ihren Besitzstand behaupteten oder sogar noch etwas vergrößerten. Die höhere Wahlbeteiligung ist demnach fast ausschließlich den nichtmarxistischen Parteien zugute gekommen, die denn auch allenthalben die Mehrheit errungen haben. Vor allem in Dessau, wo die Demokraten bisher den Ausschlag gaben, ist die bisherige Mehrheit, die von Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten gebildet wurde, gebrochen.

Von den beiden marxistischen Parteien hat die Sozialdemokratie durchweg recht starke Verluste erlitten, während die Kommunisten etwa in gleichem Maße zugenommen haben. Allerdings bewegen sich die Verluste der Sozialdemokraten noch immer in erträglichen Grenzen. Die Schwächung ihrer Position ist weniger in einer wirklich bedrohlichen Abwanderung der Wähler, als in dem Anwachsen der gegnerischen Stimmen zu erblicken. Wenn die nichtmarxistischen Parteien also im wesentlichen die Nationalsozialisten, im ganzen derartig zunehmen, ist auch schon ein Verlust von 15 bis 20 Proz. der eigenen Stimmen eine nicht unbedenkliche Sache.

Die Wahlen in der Schweiz

Voraussichtlich geringe Gewinne der sozialistischen Parteien

W.A. Bern, 26. Okt. (Tel.) Bei den Wahlen für die Gesamtrennung des von 198 auf 187 Mitglieder eingeschränkten Nationalrats und der teilweisen Erneuerung des 44köpfigen Ständerats wurden in den Nationalrat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen gewählt: 40 Freisinnige (Radikale), 43 Katholiken, 35 Sozialdemokraten, 14 Bauern, 3 Liberal-Demokraten, 3 Kommunisten und 2 Mitglieder der sozialpolitischen Gruppe. 47 Mandate stehen noch aus.

Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, wird das bisherige Verhältnis von Bürgerlichen zu Sozialdemokraten und Kommunisten, das 73,8 : 26,7 betrug, etwas zugunsten der letzteren verschoben. Obwohl die kommunistischen Stimmen im allgemeinen abgenommen haben, gelang es dieser Partei doch noch, im Kanton Zürich ein Mandat zu erobern. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Ständeratswahlen wurden gewählt: 4 Katholiken, 4 Freisinnige, 1 Sozialdemokrat und 1 Bauernpartei. 34 Mandate stehen noch aus.

Der Mandchurien-Konflikt

Die Genfer Verhandlungen durch Japan zu Fall gebracht
Der Völkerbundsrat hat am Samstag seine Verhandlungen zum Konflikt in der Mandchurien vorläufig abgeschlossen und sich auf 16. November vertagt, um dann erneut zur Lage Stellung zu nehmen. Es ist dem Rat nicht gelungen, einen Beschluß im Sinne der bekannten Entschlieung des Rats herbeizuführen. Der japanische Vertreter hat bei der namentlichen Abstimmung, die nachmittags stattfand, gegen die Entschlieung des Rates gestimmt und sie dadurch, da zu ihrer Annahme Einstimmigkeit erforderlich war, zu Fall gebracht. Die Entschlieung sah bekanntlich für Japan die Verpflichtung vor, bis zum 16. November seine Truppen vollständig aus der Mandchurien in die Eisenbahnzone zurückzuziehen.

Neuter meldet aus Tokio, die dortigen amtlichen Stellen seien über die Haltung des Völkerbunds ratlos. Es werde kein Beschluß daraus gemacht, daß man entschlossen sei, die Frage eines Austrittes aus dem Völkerbund ernstlich zu erwägen. Der Völkerbund habe sich zum Werkzeug Chinas benützen lassen.

Japan vermehrt seine mandchurischen Truppen

W.D. Tokio, 26. Okt. (Neuter-Tele.) Wie aus amtlichen Kreisen verlautet, werde es wahrscheinlich nötig sein, die Zahl der in der Mandchurien stehenden Truppenteile zu vermehren. Es sei zwar nicht beabsichtigt, die durch die Verträge zugelassenen Effektivebestände zu überschreiten, jedoch müsse man den Truppen, die bis jetzt infolge der Tätigkeit der Räuberbanden stets stark in Anspruch genommen worden sind, die Ruhe gönnen, die sie wegen ihrer kleinen Zahl entbehren mußten.

Kurze Nachrichten

Die schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen in Bern wurden am Samstagabend für kurze Zeit unterbrochen, da die Delegationsführer in der kommenden Woche an der Tagung des Wirtschaftskomitees des Völkerbunds teilnehmen.

Eine Gegenkundgebung in Braunschweig. In Braunschweig veranstaltete am Sonntag die Sozialdemokratische Partei, der Gewerkschaftsbund und das Reichsbanner in der Stadthalle eine Kundgebung als Antwort auf den nationalsozialistischen Aufruf am letzten Sonntag und als Protest gegen die Polizeimahnahmen des braunschweigischen Innenministers. Hauptredner war der Führer der Deutschen Sozialdemokratie, Reichstagsabgeordneter Wels.

Die Meutereien deutscher Seeleute in Russland. In den weiteren Verhandlungen vor dem Holtzener Schnellgericht gegen die Mitglieder der Besatzung von fünf deutschen Dampfern wurden Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis zu 3 Monaten ausgesprochen. — Auch in Odesa haben 7 Mann der Besatzung des deutschen Frachters „Askania“ gemeutet. Der Kapitän wurde durch vier Revolverkugeln verwundet. Bei ihrer Abfahrt ließen drei deutsche Schiffe 34 Meuterer in Odesa zurück.

Entscheidung im Hafenskonflikt Danzig-Polen. Der Oberkommissar des Völkerbunds für Danzig soll in den Danziger polnischen Rechtsstreit Danzig-Gdingen eine Entscheidung gefällt haben, monach Polen zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens verpflichtet ist. Damit ist über einen seit mehr als 10 Jahren zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig bestehender Konflikt im Sinne der Auffassung der Danziger Regierung entschieden worden.

Weigerung der Rückkehr nach Rußland. Der Leiter der sowjetrussischen Handelsvertretung in Paris, Jeleznjak, hat sich geweigert, einer Befehls seiner Regierung, nach Moskau zurückzukehren, nachzukommen.

Das Ende der Unruhen auf Jypern. Eine starke englische Truppenabteilung ist am Samstag in Nikosia (Zypern) eingetroffen und hat das Hauptquartier der Aufständischen aufgehoben. Auch Bischof Kitium wurde festgenommen und mit den Führern der Bewegung an Bord der Kriegsschiffe gebracht. Der griechische Konsul auf Jypern soll abberufen worden sein.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Montag morgen: Der Vorstoß subtropischer Warmluft am Samstag, der schon gestern durch den Einbruch polarer Kaltluft wieder beendet wurde, hat im ganzen Lande Niederschläge gebracht. Sie waren im Süden durch die Staumehrwirkung der Alpen verstärkt und daher besonders ergiebig (Felsberg 71 Millimeter gemessen Sonntag früh). Nach dem Kaltstufeneinbruch gingen die Niederschläge in mittleren und höheren Lagen in Schnee über. Heute feht nun bei nordöstlichen Winden allmählich wieder Aufhellung ein. Im Süden wird sich die Bewölkung etwas länger halten. Ein Hochdruckgebiet, das mit der Kaltluft nach England gelangt ist, stellt für morgen heiteres und trodenes Wetter in Aussicht. Voraussage: Meist heiter und trocken, nur im Süden des Landes noch zeitweise leicht bewölkt. Nachfröte auch in tiefen Lagen.

Wasserstände: Basel 71 plus 51, Schutterinsel 128 plus 58, Rheinweiler 105 plus 47, Kehl 252 plus 34, Maxau 398 plus 22, Mannheim 267 plus 20. Gaub 16 plus 5 Zentimeter.

Badisches Landesbheater

„Das Rheingold“

Die Oper der Landesbühne steht während dieser Woche im Zeichen Wagners, eine Gesamtauführung des „Ring“-Zyklus wird ihren Inhalt bilden. Daß man hier beabsichtigt ist, dem vierabendlichen Werk wieder eine würdige Heimstätte zu schaffen, war schon früher mit Genugtuung zu konstatieren, auch wenn der Weg, dem ein Wagner-Gläubiger auf Schritt und Tritt wagt folgen könnte, natürlich noch immer nicht in jeder Einzelheit festgelegt scheint. Aber wir haben wenigstens die Gewißheit, daß man ernstlich bemüht ist, die Visionen Wagners in ihrer vollen Größe vor uns erstehen zu lassen und wo sich Intenität und Intuition der Nachschaffenden doch nicht ganz mit der Gewalt des Wagnerschen Pathos vermählen, trägt vielfach auch der andere Grund die Schuld, daß wir heutigen eben nicht mehr so zutiefst wie ehemals mit seiner Empfindungswelt verwaehen sind.

Jedenfalls war aber die „Rheingold“-Auführung ein guter oersprechender Beginn, vor allem im orchestralem Teil. Denn Josef Krips ging mit liebevollster Sorgfalt jedem Detail nach, verfeinerte den Klang merkwürdig in jeder einzelnen Instrumentengruppe, wägte und stufte also aufs Eubillste, ohne aber je den großen Zug aus den Augen zu verlieren. Gleichwohl brauchte sich der Enthusiasmus des zahlreichen Sonntagspublikums keineswegs ausschließlich und mit bezorgter Stärke auf seinem Haupt entladen, er konnte auch mit Recht fast sämtliche Solisten miteinbegreifen. So hat man z. B. den Oberich von Karlheinz Lötter noch selten in so trefflicher stimmlicher Verfassung gehört, wie an diesem Abend, und unbedingtes Format hatte ebenfalls wieder Adolf Schüllins Fafolt. Gefanglich und dorktellerisch schöpfe freilich nicht so ganz aus

Der italienische Besuch

Trinksprüche des Reichstanzlers und Grandis
Der italienische Außenminister Grandi ist Sonntag vormittag kurz nach halb 10 Uhr mit seiner Gattin in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung hatte sich auf dem Anhalter Bahnhof auch der Reichstanzler eingefunden. Im Empfangszimmer des Bahnhofs übermittelte Grandi durch den Rundsunk dem deutschen Volke im Namen Mussolinis den herzlichsten Gruß des italienischen Volkes, mit dem Ausdruck der aufrichtigen Sympathie und der wärmsten Wünsche für das Wohl Deutschlands. Es folgten dann eine Reihe offizieller Besuche. Bereits am Vormittag fand die erste, etwa 15minütige politische Besprechung statt.

Der Reichstanzler gab am Sonntag zu Ehren Grandis und seiner Begleitung ein Abendessen. Dabei brachte er einen Trinkspruch aus, in dem es u. a. heißt, daß der Besuch des italienischen Außenministers für Deutschland eine um so größere Freude sei, als er die erwünschte Gelegenheit gebe, den beim deutschen Besuch in Rom eingeleiteten politischen Gedankenaustausch fortzusetzen. Deutschland erfülle es mit freudiger Genugtuung, daß der Chef der italienischen Regierung gleichfalls die Absicht habe, der deutschen Einladung nach Berlin zu folgen. Der Reichstanzler hoffe, daß der Aufenthalt Grandis in Berlin ihm weitere Beweise dafür liefern werde, daß Deutschland sein Bestes daran sehe, die Not der Zeit durch zähe Arbeit zu überwinden, eine Aufgabe, die nur durch vertrauensvolles Zusammenwirken aller Völker erfüllt werden könne. Mit ehrlicher Bewunderung sehe Deutschland das mit jugendlicher Energie aufstrebende italienische Volk. Das lasse uns Deutsche hoffen, jenseits der Alpen Verständnis zu finden für den Kampf gegen die wirtschaftliche Not und für Deutschlands Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung.

Grandi antwortete mit einem Trinkspruch, in dem er den herzlichsten Gruß Mussolinis überbrachte und sagte, daß Mussolini hoffe, daß sich bald Gelegenheit gebe, um in Berlin persönlich die Unterredungen fortzusetzen. Auch Italien bewundere den entgangenen Opfernmut, die männlichen Tugenden und den Arbeitseifer des deutschen Volkes und erkenne in ihrem ganzen Wert die weise und erleuchtete Arbeit Dr. Brüningss zum Besten des deutschen Volkes. Deutschland begeh sich jetzt daran, seine Energien zu stählen, um die Schwierigkeiten, die der Augenblick biete, mutig zu überwinden. Italien habe stets genau verstanden, wie Deutschland einen unverzichtbaren Faktor der Kultur darstelle. Das italienische Volk sei davon überzeugt, daß die Grundlagen eines friedlichen und fruchtbringenden internationalen Zusammenwirkens in der Gerechtigkeit zu finden sind. Es strebe daher allen denjenigen in freundschaftlichem Geist die Hand entgegen, die in Eintracht an der Verwirklichung dieser hohen Ziele arbeiten würden.

Presseempfang bei Grandi

W.D. Berlin, 26. Okt. (Tel.) Der italienische Außenminister Grandi empfing heute vormittag in den Räumen der italienischen Botschaft die Vertreter der Presse, wobei er eine Erklärung abgab, in der es u. a. heißt:

Die Zusammenarbeit der Staatsmänner ist ein unerlässliches wichtiges und glückliches Element für die Zusammenarbeit aller Staaten und Völker, nicht allein Europas, sondern der ganzen Welt. Der Chef der italienischen Regierung hat mehrmals gesagt, der Wiederaufbau Deutschlands müsse als eines der wichtigsten Elemente für den Wiederaufbau Europas und der ganzen Welt angesehen werden. Diese klaren Direktiven italienischer Politik rühren nicht von heute her. Alles, was Deutschland in diesen letzten Monaten dazu getan hat, um in sich selbst die zur Überwindung der Krise notwendige Kraft zu finden, ist ein Beweis seiner Lebensfähigkeit und der moralischen Kräfte des deutschen Volkes, das mit ruhigem Optimismus seiner Zukunft entgegensteht darf und kann. Das jetzt kommende Jahr steht vor weitgehenden und schwierigen Aufgaben, deren Lösung die ganze Welt gespannt erwartet und die wir alle auf die beste Weise herbeiführen müssen.

Ich begeh mich jetzt zu Seiner Erzellenz, dem Feldmarschall von Hindenburg, dem deutschen Reichspräsidenten, um ihm den Gruß der Regierung Seiner Majestät des Königs von Italien und meine persönliche Guldigung zu überbringen. Die Hochachtung und Ehrerbietung, die seine hervorragende historische Persönlichkeit der ganzen Welt abfordert, machen mir als Soldaten und Frontkämpfer diese Gelegenheit, in ihm auch das tapferste deutsche Volk begrüßen zu dürfen, dessen Gast ich die Ehre habe, in diesen Tagen zu sein, besonders ehrenvoll.

Helft allen Notleidenden,
gebt zur Winternothilfe!

dem Vollen Hans Mitsch, er schien sich für den Botan der Ballüre etwas zu schonen, gefiel aber immerhin durch sehr deutliche Deklamation. Auch ein wenig blaffer (gegen früher) wirkte der Loge von Theo Straß, wie ja überhaupt ein helbisches Organ, das vorwiegend auf Kraft und Metall eingestellt ist, gerade in dieser Partie stets einige Wünsche unerfüllt lassen wird. Bleibt noch die kurze Rime-Episode besonders zu erwähnen, weil sie Robert Kiefer mit starker Profilierung herausarbeitete; alles übrige rechtfertigte zwar ein Gesamlob, befreite sich aber aus den Armen des Konventionellen, des Alltagskonventionellen leider kaum. An der heissen Aufgabe der Regieführung vor Bühnenbildern, die zum Teil ein Zeichen des gemandelten Geschmacks sein sollen, jedoch nicht immer sehr geschmackvoll sind, hat Dr. Hans Waag nichts Wesentliches geändert.

Dr. Heinrich Herxus †. In Mannheim verschied am 23. Oktober im 67. Lebensjahre der angesehene und in weiten Kreisen beliebte Mannheimer Arzt Dr. Heinrich Herxus. Seine Studien absolvierte er in Heidelberg und Tübingen, praktizierte dann einige Zeit in Berlin, um sich darauf dauernd in Mannheim niederzulassen. Seit dem Jahre 1907, als das Heinrich-Lanz-Krankenhaus eröffnet wurde, hat Dr. Herxus die innere Abteilung dieser Anstalt geleitet.

Professor Alfred Seng 70 Jahre alt. Der ord. Honorarprofessor der Universität Heidelberg, Geh. Hofrat Dr. Alfred Seng, vollendet am 26. Oktober sein 70. Lebensjahr. Nach seiner juristischen Promotion habilitierte er sich 1887 in Heidelberg als Privatdozent für Zivilrecht und bürgerliches Recht, 1891 wurde er außerordentlicher, 1907 ordentlicher Honorarprofessor an der Heidelberger Universität. Seng ist einer der besten Kenner des französischen Zivilrechts und des alten badischen Landrechts.

Auch Mussolini fordert Revision der Verträge

Eine Rede in Neapel

In Neapel hielt Mussolini im Rahmen der „Marsch-auf-Rom-Feier“ eine Rede, in der er u. a. sagte:

Sollen wirklich 60 furchtbare lange Jahre über die Welt ziehen, bevor unter das tragische Verrechnungsbuch des Weltkrieges das Wort „Schluß“ gesetzt wird. Es ist ein Schlußbuch, aufgebaut auf den Blutopfern von 10 Millionen Menschen, die nicht mehr das Licht der Sonne erblicken. Und kann man sagen, daß unter den Völkern Gleichberechtigung herrscht, wenn der eine Teil bis zu den Zähnen bewaffnet dasteht und der andere zur Wehrlosigkeit verurteilt ist? (stürmische Zustimmung). Wie kann man von dem europäischen Wiederaufbau sprechen, wenn nicht einige Bestimmungen gewisser Friedensverträge abgeändert werden, die ganze Völker an den Abgrund des materiellen Zusammenbruchs und der moralischen Verwirrung gebracht haben. (Erneute längere Beifallsrufe.) Und wieviel Zeit soll vergehen, bis man sich davon überzeugen wird, daß in dem wirtschaftlichen Apparat der Gegenwart etwas schiefgefahren wenn nicht zerbrochen ist? In diesen Fragen liegen die genauen Direktiven, mit denen man dem wahren Frieden dient, der sich von dem Gedanken der Gerechtigkeit nicht trennen läßt. Sonst ist er ein von Rache und Blut diktierttes Protokoll (Lebhafte und lang wiederholte Beifall.)

Laval und Borah

Laval hatte französischen Pressevertretern, die ihn wegen Borahs Äußerungen befragten, geantwortet: „Ich bin nicht nach Washington gekommen, um mich mit Senator Borah in eine Polemik einzulassen, oder um die Revision des Versailler Vertrags zu diskutieren. Regen Sie sich nicht über Äußerungen eines Senators auf, die nur dessen persönliche Meinung darstellen.“ Dazu erklärte Laval, daß diese Erklärung nicht für die Veröffentlichung bestimmt war. Sie sei auf Grund sehr scharfer, aus dem Zusammenhang gerissener Stellen des Borah-Interviews, wie sie ihm von französischen Korrespondenten berichtet worden seien, erfolgt. Laval hat, nachdem er den vollen Text gelesen hatte, einen herzlich gehaltenen Brief an Borah geschickt, in dem er das Mißverständnis bedauerte. Laval erklärte ferner: Frankreichs Stellung bezüglich des Rechtes auf Reparationen und bezüglich der Sicherheiten ist so oft dargelegt worden, daß eine Wiederholung unnötig erscheint. Aber jedesmal, wenn man dieses Recht als wohlbegründet anerkennt, kann ich mich nur als befreit erklären. Dies sind die einzigen Stellen in Borahs Äußerungen, mit denen ich mich einverstanden fühlen kann. Laval meint damit die Bemerkungen des Senators Borah, daß der direkte Schaden in den zerstörten Gebieten ersetzt werden müsse und daß Frankreich allein über seine Sicherheitsverordnungen zu entscheiden habe.

Senator Borah hatte vorher bezüglich der Reparationen erklärt, daß Deutschland nur den direkt angerichteten Schaden bezahlen solle, und daß er beabsichtige, Laval zu empfehlen, festzustellen, ob die bisher bezahlten Summen die Ausgaben für den Wiederaufbau der Kampfgebiete völlig decken.

Neuregelung der Krisenfürsorge

Amlich wird mitgeteilt:
Die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist befristlich mit Wirkung vom 5. Oktober 1931 auf 20 Wochen, bei berufsbilich Arbeitslosen auf 16 Wochen herabgesetzt worden. Zum Ausgleich hierfür hat der Reichsarbeitsminister die Dauer der Krisenfürsorge entsprechend verlängert, und zwar in der Weise, daß die Gesamthöchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung die bisher 58 Wochen, bei über 40 Jahre alten Arbeitslosen 71 Wochen betragen kann.

Bei der finanziellen Notlage des Reiches, der Gemeinden und Gemeindeverbände mußte sichergestellt werden, daß nur wirklich Bedürftige die Krisenfürsorge erhalten. Es war daher notwendig, die Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit noch mehr als bisher der Regelung anzupassen, die in der öffentlichen Fürsorge gilt. Um eine möglichst zuverlässige Prüfung der Bedürftigkeit zu gewährleisten, sind über die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsämtern einerseits, den Gemeinden und Gemeindeverbänden andererseits, neue Bestimmungen getroffen; auch ist die Entschädigung der Gemeinden für ihre Mitarbeit bei dieser Prüfung allgemein festgelegt.

Die neuen Bestimmungen werden in der Nummer 30 des Reichsarbeitsblattes, die am 25. d. M. erscheint, veröffentlicht. Sie treten am 9. November in Kraft.

Kommunistisches Sprengstofflager in Berlin

In Berlin wurde bei einem kommunistischen Funktionär bei einer Hausdurchsuchung ein Sprengstofflager entdeckt. Außerdem wurden Vorrichtungen zur Herriichtung von Sprengstoffkörpern und gestanztem Blech zur Anfertigung von Bomben gefunden. Der Funktionär wurde verhaftet. Zur Sicherung des Beweismaterials wurde auch das Karl-Liebknecht-Haus einer Durchsuchung unterzogen. Man nimmt an, daß das Sprengstofflager Bestände enthält, die aus mehreren großen Sprengstoffdiebstählen der letzten Zeit in verschiedenen Teilen des Reiches stammen. Man rechnet mit weiteren Verhaftungen.

Ein Teil der Räume des Hauses ist auch heute, Montag, früh noch besetzt und für den Publikumsverkehr gesperrt, da die Ermittlungen und die Sichtung des umfangreichen Materials noch andauern. Der übrige Teil des Hauses, vor allen Dingen die Druckerei, ist freigegeben.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ befiand sich heute, Montag, früh 6 Uhr MEZ, etwa 65 Seemeilen nordwestlich der Ionarischen Insel Palma.

Im Kleinen Hirschgraben in Frankfurt a. M. wurde eine Fassmünzerverwerkstätte ausgehoben, in der bereits für 20 000 Reichsmark falsche 20-Markstücke hergestellt worden waren. 4 Personen wurden verhaftet.

In Köln wurden 10 Personen, die wegen Bandenschnuggels und Steuerhinterziehung angeklagt waren, zu insgesamt sieben Millionen Reichsmark Geldstrafe und Gefängnis verurteilt. Die Hauptbeteiligten haben je 20 Monate Gefängnis erhalten. Fünf der Angeklagten hatten innerhalb mehrerer Jahre etwa fünf Millionen Zigaretten aus Belgien nach Deutschland gebracht.

Die Berliner Kriminalpolizei hat eine umfangreiche Fällung von Altien eines ausländischen Elektrowerkes ausgebeut. 7 Personen sind bereits verhaftet worden.

In der Nähe von Lauban wurde die 17 Jahre alte Tochter eines Sattlermeisters ermordet aufgefunden. Das junge Mädchen ist durch Schüsse in den Kopf getötet worden. Die Leiche wies außerdem mehrere Stichverletzungen auf. Es muß ein erbitterter Kampf des Opfers mit dem Mörder stattgefunden haben.

Im Finnischen Meerbusen stieß ein auftauchendes russischer Unterseeboot mit dem deutschen Dampfer „Grotia“ zusammen. Das U-Boot wurde nur unbedeutend beschädigt, während der Dampfer ein kleines Leck erhielt.

